

Koloniale Entwicklungskonzepte im Uganda der 1930er Jahre: Frühe Anzeichen des modernen Entwicklungsstaats

David Schlauß

Abstract

Während der zweiten Hälfte der 1930er Jahre schufen Kolonialbeamte in Uganda wichtige Vorarbeiten und Konzepte, auf denen die koloniale Entwicklungsplanung der 1940er und 50er Jahre aufbauten. Koloniale Entwicklungsbestrebungen erforderten detailliert ausformulierte Entwicklungspläne, die nicht nur Maßnahmen entwarfen sondern auch die ideelle Grundlage für das Handeln der Verwaltungsbeamten darstellten.

Der folgende Beitrag beschreibt eingangs die Hauptthemen der Pläne, wobei die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion deutlich im Vordergrund steht, und blendet dann zurück auf die beginnende Reform britischer Kolonialpolitik in den 1930er Jahren. Diskutiert wurde in diesem Zusammenhang häufig das Verhältnis von wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung. In den Dokumenten wird auch, angestoßen von der beobachteten Bodenerosion, die Frage nachhaltiger Entwicklung zugleich mit dem Gegenstand der Ausweitung der Produktion behandelt. Mit Steuerungsmaßnahmen soll in die Lebens- und Arbeitsweisen der lokalen Bevölkerung eingegriffen werden, um diese für „Entwicklung“ verwertbar zu machen. Zur Illustration von Diskurs und Planung wird ein Pilotprojekt ausführlich dargestellt. Die Vorstellungen der Planer und erste Maßnahmen lassen bereits deutliche Anzeichen des spät- und post-kolonialen Entwicklungsstaates erkennen.

Einleitung

Der folgende Beitrag thematisiert koloniale Entwicklungskonzepte, die dem Handeln britischer Verwaltungsbeamter im Uganda der 1930er Jahre zugrunde lagen. Die Studie basiert auf meiner Diplomarbeit, für die ich Akten des *Colonial Office* im britischen Nationalarchiv ausgewertet habe. Im

Vordergrund der Untersuchung stehen die ideellen Beiträge, welche von den Verfassern der Dokumente in Zusammenhang mit Konzepten von Entwicklung hervorgebracht wurden. Die schwieriger zu erfassenden und komplexeren Prozesse der Umsetzung von Entwicklungsmaßnahmen bleiben hierbei weitgehend ausgeblendet.

Zeitlich fokussiert dieser Beitrag mit der zweiten Hälfte der 1930er Jahre auf eine Periode der Kolonialgeschichte Ugandas, die der Hochphase kolonialer Entwicklungsplanung und dem Versuch ihrer Umsetzung während der 1940er und 1950er Jahre voranging. Widmen wir jedoch eingangs jenen letzten beiden Jahrzehnten der britischen Kolonialherrschaft in Uganda ein wenig Aufmerksamkeit, sticht ins Auge, dass die ersten drei ugandischen Entwicklungspläne zwischen 1944 und 1948 im Abstand von jeweils lediglich zwei Jahren verfasst wurden. Unter der Ägide von Gouverneur Charles Dundas wurde im Jahr 1944 der auf sechs Jahre ausgelegte erste Plan vorgelegt. Er trug den etwas sperrigen Titel *Joint Report of the Standing Finance Committee and the Development and Welfare Committee on Post-War Development* (CO 536/214/2). Nach Ende des Zweiten Weltkriegs und bereits unter dem Eindruck der horrenden britischen Staatsverschuldung, sowie bedingt durch die Unzufriedenheit des neuen Gouverneurs Hathorn Hall mit der Schwerpunktsetzung seines Vorgängers, stellte Edgar B. Worthington den zweiten, auf zehn Jahre bemessenen Entwicklungsplan fertig: *A Development Plan for Uganda* (CO 536/218/3). Dass sich Worthingtons Berechnungen nur kurze Zeit später als unzureichend herausstellten, mag der rasanten Preisentwicklung oder auch dem Umstand geschuldet gewesen sein, dass der Zoologe nur bedingt den Aufgaben eines Entwicklungsplaners gewachsen war. In weiterer Folge lag es am neu bestellten ugandischen *Development Commissioner* Douglas Harris, den vorliegenden Plan zu überarbeiten. Harris legte mit dem Dokument *A Development Plan for Uganda. 1948 Revision* (CO 536/218/3) jedoch vielmehr einen als eigenständig zu betrachtenden Plan vor. Nach einer sechsjährigen Pause war es im Jahr 1954 schließlich am *Development Council*, den vierten und letzten genuin kolonialen Entwicklungsplan zu verfassen (CO 822/1018).

Inhaltlich befassten sich die Autoren der analysierten Archivadokumente häufig mit dem Verhältnis von wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung. Es wurde die Frage diskutiert, ob sich ein solides Wirtschaftswachstum allein aus der kolonialstaatlichen Unterstützung wirtschaftlicher Entwicklung ergeben würde oder ob nicht vielmehr gezielte kolonialstaatliche Maßnahmen im Bereich der sozialen Entwicklung und staatlicher Dienstleistungen notwendig wären, um wirtschaftliches Wachstum sicherzustellen.

Die Kolonialherren von damals verhandelten Fragen von Entwicklung auf eine Art und Weise, wie sie das Entwicklungsregime bis heute prägt: Zur Diskussion standen u.a. die Erstellung landwirtschaftlicher Gutachten, Möglichkeiten der Effizienzsteigerung und die Diversifizierung landwirtschaftlicher Produktion, sowie dementsprechende Trainingsprogramme. Der Aus- und Aufbau des Transportwesens wurde ebenso thematisiert wie agrotechnische Versuchsreihen oder der Einsatz von Düngemitteln und Traktoren. Weiters gab es Ansätze zur schulischen Förderung von Mädchen und zum Ausbau des öffentlichen Gesundheits- und Bildungssystems. Der Aufbau von Gemeinschaftszentren sollte den Zusammenhalt stärken, die Vorzüge eines als moderner und hygienischer erachteten Wohnens nahe bringen und das als wenig abwechslungsreich empfundene Landleben durch unterschiedliche Angebote (Büchereien, Sporteinrichtungen) bereichern. Der Einsatz moderner Kommunikationsmittel (Radio, mobile Filmvorführungen) stand ebenso auf dem Programm kolonialstaatlicher Entwicklungsplanung wie die Förderung von Frauen, die – wahrgenommen als natürliche Hausfrauen und als die sozialeren Wesen – Trainingsprogramme absolvieren und als Multiplikatorinnen auf Dorfebene wie im häuslichen Kontext die Vorzüge gesunder Ernährung und Hygiene vermitteln sollten. Der Import von Gebrauchsgütern sollte den Markt stimulieren; die Nachfrage nach diesen Waren würde letztlich jenen ugandischen Sektor stärken, in dem für den Großteil der Bevölkerung (und den Kolonialstaat) Geld zu verdienen war – die exportorientierte Landwirtschaft.

Der Ausbau des Verwaltungs- sowie des Schul- und Gesundheitssystems sollte über eine schrittweise „Afrikanisierung“ des öffentlichen Dienstes erfolgen. Eine solche „Afrikanisierung“ versprach durch die niedrigeren Lohnkosten afrikanischer im Vergleich zu britischen Angestellten das Budget geringstmöglich zu belasten. Über diesen Zusammenhang war man sich innerhalb der britischen Kolonialadministration einig. Weniger eindeutig schien, ob und in welchem Ausmaß die afrikanische Bevölkerung in der Lage war, Aufgaben in den genannten Bereichen zu übernehmen. Hier wird deutlich, dass Prozesse kolonialer Entwicklung auch mit Verschiebungen im Menschenbild der Kolonialadministration in Zusammenhang standen. Sollte sich das Protektorat in die angedachte Richtung entwickeln, bedurfte es einer wesentlich intensiveren Inklusion der afrikanischen Bevölkerung. Eine allzu „krude“ Einstellung ihr gegenüber konnten sich die Briten daher schlicht nicht mehr leisten. Die Kolonisierten wurden mehr und mehr als entwicklungsfähig und geeignet für den höheren öffentlichen Dienst verstanden. Gouverneur Dundas merkte beispielsweise in seinem „Memorandum on Post-War Development“ aus dem Jahr 1943 an:

„Many outworn conceptions need sweeping away, the supposed exotic character of Africa must henceforth be seen as human after all and understanding must replace the cruder attitude to Africa's problems that obtained in the past. Today it is very true to say that the African is not the only one in Africa who is backward and requires to be enlightened.“ (CO 536/209/15, Nr. 18, „Education“)

Das Primat der wirtschaftlichen Entwicklung des Protektorats (größtenteils handelte es sich hierbei um landwirtschaftliche Produktionssteigerung) bildete zu jedem Zeitpunkt eine stringente Klammer für koloniale Maßnahmen. Doch die Relevanz sozialer Entwicklung in diesem Zusammenhang wurde zunehmend erörtert und betont. Wenn ich mich in meiner folgenden Analyse auf die 1930er Jahre konzentriere, so liegt dies darin begründet, dass Konzepte und Ansätze, die in den zentralen

Dokumenten kolonialer Entwicklung der Folgejahre bereits als nicht hinterfragbare Paradigmen gehandelt wurden, während der 1930er Jahre aufgrund ihrer Novität noch anders, d.h. expliziter, formuliert werden mussten. Die beiden Dokumente, die ich im Folgenden vorstellen werde, verdeutlichen exemplarisch die Komplexität und Tragweite der jeweiligen Problemlagen und Lösungsstrategien. In ihnen klingt bereits der spätkoloniale Entwicklungsstaat an, der mithilfe von Technik, Wissenschaft, Autorität und der „Entwicklung des Afrikaners“ die gesetzten Ziele zu erreichen versuchte.

Die unruhigen 1930er Jahre und die beginnende Reform britischer Kolonialpolitik

Auf der imperialen Ebene waren britische Ansätze kolonialer Entwicklung bis in die 1930er Jahre hinein im Großen und Ganzen von der Vision und dem Glauben daran gekennzeichnet, dass durch die Investition in strategische Infrastruktur die kolonialen Reichtümer in Wert gesetzt werden könnten: „We have within the Empire millions of acres of fertile land and enormous mineral resources only waiting for development by the provision of roads, bridges, and railways.“ (Linfield 1926: „Empire Development“, zitiert nach Hetherington 1978: 93)

Gleichzeitig wurde vonseiten einiger Kolonialbeamter vor Ort und Beamter des *Colonial Office* zunehmend Kritik dahingehend geäußert, dass die wirtschaftliche Inwertsetzung und politische Kontrolle der Kolonien wesentlich schwieriger zu bewerkstelligen war, als Linfields Aussage über die afrikanischen Reichtümer nahelegen mochte. Eine merkliche Reformulierung der britischen Kolonialpolitik, die nach dem Grundsatz operierte, dass sich Kolonien ohne nennenswerte Kapitalzuschüsse vonseiten der Metropole selbst finanzieren müssen, hatte sich hieraus jedoch bis dato nicht ergeben. (vgl. Havinden/Meredith 1993: 159; 174) Dies sollte sich im Laufe des darauf folgenden Jahrzehnts schrittweise ändern.

Die 1930er Jahre waren geprägt von der Weltwirtschaftskrise, von Streiks in britisch-afrikanischen Gebieten und den West Indies sowie der internationalen Kritik an den Kolonialregimen – so bemängelten u.a. die *International Labour Organisation* und der Völkerbund die mangelnde Ernährungssicherheit und den niedrigen Lebensstandard in den Kolonien. Die daraus resultierende Verunsicherung des politischen Establishments und des *Colonial Office* in London trugen zu einer seichten Reformulierung kolonialer Entwicklungsansätze bei.

Im Jahr 1930 stellte beispielsweise das britische *Colonial Development Public Health Committee* fest, dass eine Anhebung des Lebensstandards der – in diesem Beispiel – ostafrikanischen Bevölkerung auch der Metropole zugutekäme.

„If the productivity of the East African territories is to be fully developed, and with it, the potential capacity of those territories to absorb manufactured goods from the United Kingdom, it is essential that the standard of life of the native should be raised and to this end the eradication of disease is one of the most important measures.“ (zitiert nach Havinden; Meredith 1993: 167)

Das durch den *Colonial Development Act* aus dem Jahr 1929 ins Leben gerufene Komitee zur Verwaltung des *Colonial Development Fund* schloss sich dieser Meinung an und wiederholte hierbei im Wesentlichen die Einschätzung der kolonialen Gesundheitskommission: „[W]ise expenditure on public health was essential to economic development“ (zitiert nach Abbott 1971: 74). Ausgaben im Gesundheitsbereich nahmen nach dem Verkehrswesen, das mit einem Anteil von 30% die meisten Mittel erhielt, mit bemerkenswerten 16% Platz zwei der sektoralen Ausgabenverteilung ein (vgl. Abbott 1971: 74). Am Ende solcher Reformprozesse wie sie mitunter im Gesundheitsbereich stattfanden stand im Jahr 1940 die Verabschiedung des *Colonial Development and Welfare Act* (vgl. Havinden/Meredith 1993: 187-205; Hodge 2007: 144ff.).

Im Protektorat Uganda waren die 1930er Jahre geprägt von einer beständigen Ausweitung der Baumwoll- und Kaffeeexporte sowie von einer verhaltenen Politik der Diversifizierung landwirtschaftlicher Produktion. Die relativ gute finanzielle Lage des Protektorats während und nach der Weltwirtschaftskrise war überdies ein Grund dafür, dass die Gelder des *Colonial Development Fund* fast vollständig an Uganda vorbei flossen. So merkte Kolonialminister Malcom MacDonald am 8. Oktober 1935 in einem Brief an den Gouverneur des Protektorats, Philip Mitchell, an:

„Having regard however to the present financial position of Uganda as compared with that of many other Dependencies, it is unlikely that the Colonial Development Advisory Committee would consider favourably the grant of assistance in respect of schemes which the Government is in a position to carry out unaided, and intends to carry out whether aid from the Colonial Development Funds is, or is not, available. I consider therefore that in present circumstances it is inexpedient to approach the Committee.“ (CO 536/184/11, Nr. 3, S. 1)

In Uganda sucht man vergeblich nach den bereits erwähnten Streiks und Unruhen, die sich in anderen afrikanischen Territorien ereigneten. Gardner Thompson hält in seinem Beitrag *Governing Uganda* fest, dass “[n]otwithstanding the Depression, the 1930s was a decade of remarkable colonial tranquility“ (Thompson 1999: 132). Aus der Perspektive Londons bzw. der Whitley-Kommission, welche die Streiks und Unruhen im Uganda des Jahres 1945 untersuchte, hatte Uganda bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs in einer „long untroubled existence“ verharret (zitiert nach Kakembo 1995: 29).

Gleichwohl wurde während der zweiten Hälfte der 1930er Jahre die Frage nach der Verteilung des Erlöses aus dem Verkauf von *cash crops* virulent – ein Konfliktfeld, das bis zur Unabhängigkeit wiederholt aufflammen sollte. Bugandische Geschäftsleute gründeten im Jahr 1938 die *Uganda Grower's Cooperative Union*, nachdem der Baumwollpreis innerhalb nur eines Jahres von 13,7 Cents/Pfund auf 8,8 Cents gefallen war. Ihr Ziel war es, die

ausländischen Zwischenhändler aus dem Geschäft zu verdrängen. Darüber hinaus artikulierten die Baumwollproduzenten in Buganda ihre Unzufriedenheit derart vehement, dass im selben Jahr eine Kommission zur Untersuchung der Ursachen hierfür eingesetzt wurde (Bowles 1975: 52).

Der afrikanische Widerstand gegen politische und wirtschaftliche Missstände im Uganda der 1930er Jahre war jedoch zu kurzlebig und im Vergleich zu den Streiks und Unruhen in anderen Territorien zu harmlos, als dass er die Protektoratsverwaltung wirklich beunruhigt hätte oder in London wahrgenommen worden wäre. Relativ gesehen waren die 1930er Jahre also tatsächlich „a decade of remarkable colonial tranquility“ (Thompson 1999: 132). Die nachfolgende Analyse geht dem nach, was sich abseits dieser Ruhe innerhalb des kolonialen Verwaltungsapparats abspielte und fokussiert auf eine kolonialstaatliche Introspektive. Durch sie zeigt sich, dass die zweite Hälfte der 1930er Jahre eine recht unruhige Phase war, in der die Zukunft des Protektorats auf dem Spiel zu stehen schien und entsprechend drastische kolonialstaatliche Gegenmaßnahmen gefunden werden mussten, um seine Interessen zu sichern, bzw. eigene Entwicklungsziele durchzusetzen.

Ökologischer Kollaps - das koloniale Projekt an den Grenzen seines „natürlichen“ Wachstums

Mitte der 1930er Jahre wurde durch ein Memorandum des ugandischen Chefsekretärs ein Planungsprozess angestoßen, der nicht nur in der Sache, sondern vor allem was die Kolonialadministration betrifft, bemerkenswerte Ansätze verfolgte. Das von E.L. Scott verfasste sechsseitige *Memorandum for the Instruction and Guidance of the Agricultural Survey Committee* (CO 536/186/11, Nr. 1, nachfolgend „Memo 1935“) von Anfang Juli 1935 befasst sich mit der Einsetzung eines Komitees und entwirft den Plan zu einer Entwicklungsintervention der Kategorie „Fortschritt durch Konservierung“ (oder, dem aktuellen Sprachgebrauch folgend: „nachhaltige Entwicklung“). Während die späteren Entwicklungspläne der 1940er und

1950er Jahre auf die allgemeine Entwicklung des Protektorats bedacht sein sollten, fokussierte das Dokument von 1935 auf einen bestimmten, wenngleich zentralen, Bereich kolonialstaatlicher Maßnahmen. Wie der Name des Memorandums zeigt, und Gouverneur Bernard Henry Bourdillon in seinem Geleitwort verdeutlicht, zielt das Memorandum auf „the appointment of a Committee to carry out an agricultural survey of the Protectorate and to draw up a long-range programme of agricultural *development* designed to *conserve* the country's agricultural resources.“ (Memo 1935, Hervorh. D.S.) Das Zitat spricht wesentliche Inhalte des Papiers an: zum einen wird zwischen Erfassen und Planen unterschieden – die Durchführung einer Bestandsaufnahme sei der erste Schritt, die Vorarbeit für den eigentlichen Entwurf eines weit reichenden Programms ländlicher Entwicklung. Zum anderen sei die Erfassung und Planung landwirtschaftlicher Entwicklung kein Selbstzweck, sondern dazu bestimmt, die agrarischen Ressourcen des Protektorats zu „erhalten“.

Das Memorandum selbst beginnt mit einer Problem- und Zielbenennung, mit der Zuteilung von Verantwortlichkeiten und der Frage, wie dem Problem begegnet werden kann:

„1. The Governor has recently had under careful consideration the problems of dessication [sic!] and of soil erosion and deterioration which have assumed from time to time such formidable proportions in other parts of Africa. 2. These problems have been created sometimes by factors beyond human control but not less often by factors which are within human control - such as by extensive and careless cultivation, involving the unnecessary destruction of forests, trees and other protective vegetation, and by the heedless and improvident multiplication of cattle and other livestock. 3. Although the latter factors may be held to be within human control, it must be clear to any student of the question that it is only by foresight and by the formulation of a carefully planned and co-ordinated 'long-range' policy of agricultural development that their operation, with inevitably disastrous results, can be averted.“ (Memo 1935: 1)

Diese drei Punkte veranschaulichen auf pointierte Weise eine im ugandischen kolonialen Entwicklungsdiskurs immer wieder anzutreffende Argumentationsweise, die es dem kolonialen Staat nicht nur erlaubte, sondern als Verpflichtung auferlegte, zu intervenieren. Nach der Benennung des Problems, d.h. die Austrocknung und Erosion der Böden, werden Interventionsmöglichkeiten thematisiert. Das Problem würde sich zwar zum Teil der menschlichen Einflussnahme entziehen, bestünde jedoch auch aus von Menschen verursachten Komponenten, die in diesem Fall allesamt mit Ackerbau und Viehzucht verknüpft werden. Im nächsten Abschnitt benennt der Verfasser das Ziel – die negativen Faktoren zu bannen –, problematisiert die Eingriffsmöglichkeit und beschreibt in Ansätzen die Art und Weise der Intervention (*by foresight and by the formulation of a carefully planned and co-ordinated „long-range“ policy of agricultural development*). Die Schritte in Richtung einer Intervention des kolonialen Staats bestehen in diesem Fall demnach aus a) der Problembenennung, b) dem Abschätzen der Interventionsmöglichkeit, c) der Zielbenennung und d) der Klärung der Vorgehensweise.

Diese ersten drei der insgesamt 12 Absätze des Memorandums bereiten also den zu verhandelnden Gegenstand in einer Art und Weise auf, die das Problem als schwerwiegend, jedoch unter bestimmten Umständen als lösbar darstellt. Darüber hinaus tritt in der besprochenen Textpassage eine koloniale Akteurs- und Machtkonstellation zutage, die sich auch in anderen Passagen des Dokuments wiederfindet.

Wie bereits angemerkt, sah Scott das Problem teilweise durch „menschliches Handeln“ hervorgerufen, das durch „*careless cultivation*“, „*unnecessary destruction of forests*“ und „*heedless and improvident multiplication of cattle and other livestock*“ (unachtsam, unnötig, rücksichtslos, unbedacht/unwirtschaftlich) näher umschrieben wird. Weiters zeichnen jene Beschreibungen ein – wenngleich grobes und unvollständiges – Bild der afrikanischen Bevölkerung und stehen in einem sprachlichen und inhaltlichen Kontrast zu jenem Akteur, der durch „Voraussicht“ und die „behutsame Ausformulierung und Koordination

einer langfristigen Agrarentwicklungs-politik“ den Problemen entgegenzutreten versucht.

Scotts Beschreibung schwankt zwischen dem Versuch einer sachlichen Auflistung der Ursachen des Problems und einer an koloniale Denkstrukturen anknüpfenden Darstellung der ugandischen Bevölkerung als ein per Definition rücksichtslos und unbedacht agierendes homogenes Ganzes. Das Problem stellt eine latente Bedrohung dar, wird heruntergebrochen auf bestimmte, auch in Uganda auftretende Faktoren, einer homogenen, irrational agierenden Gruppe zugeordnet und dieser ein vorausschauend handelnder Akteur gegenübergestellt. Im Zusammenhang mit Fragen kolonialer Entwicklung ist insbesondere die *carefully planned and co-ordinated „long-range“ policy of agricultural development* von Interesse, denn es ist u.a. diese erfassende, in die Zukunft blickende und planende Perspektive, die spätkoloniale Ansätze von Entwicklung auszuzeichnen scheint.

Scott beleuchtet anschließend die bisher von der Kolonialadministration unternommenen Aktivitäten und merkt an, dass Maßnahmen im Bildungsbereich gesetzt worden seien „for the purpose of improving native methods of agriculture and animal husbandry, altering the native outlook in the matter of stock-hoarding, and teaching him to appreciate the objects of afforestation and forest conservation.“ (Memo 1935: 2) Kolonialstaatliche Organe befassten sich also bereits mit dem Problem; an dieser Stelle bedeutet dies, dass sie sich mit den unzulänglichen Anbaumethoden und Ansichten der *natives* befassten und diese zu ändern beabsichtigten.

Wie zuvor bei der Darstellung der Anbaumethoden schwankt auch diese Bestandsaufnahme zwischen der Schilderung existierender kolonialstaatlicher Praktiken auf der einen Seite und der Reproduktion kolonialer Denkstrukturen, die zu eben jenen Praktiken führen, auf der anderen: Erneut ist es *the native*, dessen/deren unzureichendes Denken und Handeln der Veränderung bedürfen – eine Veränderung, die anscheinend nur durch Eingriff der Briten herbeigeführt werden kann. Dass es bereits vor dieser britischen Intervention lokale Praktiken gegen Bodenerosion gab,

wie Grace Carswell zumindest in Bezug auf Kigezi herausgearbeitet hat (vgl. Carswell 2007: 49ff.), findet im Memorandum keine Erwähnung.

Im Anschluss daran stößt man auf eine kleine Tabelle, die neben der Anzahl von Rindern, Schafen und Ziegen je Quadratmeile des Protektorats auch die Anzahl der *natives* wiedergibt. Auch diese Tabelle ist symptomatisch für den technokratischen Kolonialstaat, der die Einheimischen und das Vieh gleichermaßen als Variablen und Ressourcen ansieht, deren Entwicklung nun mit Blick auf die nächsten 50 Jahre hochgerechnet und geplant werden soll. Die stetig steigenden Bestände (von Mensch und Vieh) würden verdeutlichen, dass die Maßnahmen im Bildungsbereich unzureichend seien und es notwendig werden könnte,

„to frame, district by district, in as much detail as may be found practicable, long-range programmes of agricultural development to cover a period of fifty years, which shall primarily indicate how much of the present unused land available in each district should be reserved for the expansion of cultivation both of food and economic crops and how much for the pasturage of livestock.“ (Memo 1935: 2)

Bemerkenswert ist nicht nur die lange Planungsperiode von einem halben Jahrhundert, sondern zudem das Ziel: Im Gegensatz zu späteren, wesentlich stärker auf direkte landwirtschaftliche Produktionsausweitung und somit auf mobilisierende Aspekte von Entwicklung abzielenden Ansätzen, geht es Scott Mitte der 1930er Jahre in Bezug auf Landwirtschaft in einem ersten Schritt um Konservierung und Stabilisierung. Die gegenwärtigen Produktionsverhältnisse sollten angesichts der Zunahme von Mensch und Vieh auch in Zukunft nicht von der Erosion der Böden ernsthaft gefährdet werden. So sehr es dem Autor demnach um Verhinderung, Stabilisierung oder dem Schutz der Natur geht, ist diese konservierende Bewegung mit einer expandierenden verbunden. Stabilisierung wird überhaupt erst zu einem Thema, da die stetige Ausweitung der landwirtschaftlichen Produktion gefährdet erscheint.

Wenig überraschend legt Scott darauffolgend das Hauptaugenmerk auf den Anbau von exportfähigen *cash crops*: „As far as can at present be foreseen the future prosperity of the Protectorate must (excluding the possibility of important mineral developments) depend entirely on the cultivation of economic crops for export.“ (Memo 1935: 4) *Cash crops* sind im Zusammenhang mit dem Konzept der Komplementarität imperialer Märkte ein Grundpfeiler des kolonialen Projekts. Governor Coryndon beispielsweise hatte diesen Sachverhalt bereits im Juni 1922 folgendermaßen dargestellt: „The output of agricultural produce by natives on a large scale is the proper and indeed the only commercial destiny of the country, and of this the cotton industry is of paramount importance“ (Governor Coryndon an Churchill, Juni 1922; zitiert nach Youé 1978: 182) In Scotts Memo kommt der ausschließende und normative Charakter der Formel *must [...] depend entirely on the cultivation of economic crops for export* klar zum Vorschein:

„Livestock should not be regarded as an asset for development from the point of view of the export market. When framing programmes of development, therefore, allowance should be made for an increase of livestock sufficient only to meet the needs of the tribe concerned and the requirements of internal trade. It is hoped that hides and skins will contribute a useful and increasing quota to the export trade of the country but this should be regarded as an incidental aspect of co-ordinated development, and should not be permitted to influence the decision as to future livestock policy.“ (Memo 1935: 4)

Es sind demnach die Bedürfnisse des Exportmarkts, von denen sich die *programmes for development* ableiten. Die „koordinierte Entwicklung“ beinhaltet eine Prioritätensetzung bzw. eine gezielte Politik, die auf die Unterstützung des einen und auf den Ausschluss bzw. die strikte Kontrolle des anderen Sektors abzielt.

Diese innerhalb des kolonialen Settings bereits bekannte Frage nach dem Verhältnis der Exportwirtschaft zu anderen Sektoren, scheint angesichts der

anno 1935 relativ neuen Einsicht über die Grenzen des Wachstums an Brisanz zu gewinnen. Es scheint klarer denn je, dass die Vieh- und insbesondere die Rinderpopulationen zugunsten des Exportsektors dezimiert bzw. kontrolliert werden müssen.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass sich der koloniale Staat Mitte der 1930er Jahre aufmachte, die landwirtschaftlichen Ressourcen (Boden, Vieh, sowie Menschen-als-Ressourcen) neu zu erfassen und ihr Wachstum sowie ihre Verwendung bis ins Jahr 1985 einerseits zu antizipieren und andererseits der antizipierten immanenten oder „natürlichen Entwicklung“ eine neue Richtung zu verleihen.

Dabei baut der Ansatz auf der Gegenüberstellung von zwei Akteursgruppen auf: die irrational agierenden *natives* auf der einen und die in die Zukunft blickende Kolonialverwaltung auf der anderen Seite (im Sinne des Gegensatzpaars *improvident* – *by foresight*). Es werden Verantwortlichkeiten festgelegt, die weniger dem konkreten Problem geschuldet scheinen als vielmehr den Charakteristika kolonialer Herrschaftsverhältnisse und ihrer Diskurse, die auf eben einer solchen Gegenüberstellung aufbauen, um die Sinnhaftigkeit des kolonialen Unterfangens – die britische Präsenz in den Tropen – laufend bestätigt zu sehen.

Die als unzureichend erachteten Anbaumethoden der ugandischen Kleinbäuerinnen und -bauern erscheinen als veränderbar, und dies begründet eine Intervention nicht nur in die Natur, sondern auch und vor allem in die Lebensweisen der ugandischen Bevölkerung, die noch einmal in einem gänzlich neuen Licht als mangelbehaftet und bedrohlich erscheint. Stabilisierung und Expansion gehen Hand in Hand; die Bodenkonservierung wird überhaupt erst zu einem Thema, weil die beständige Ausweitung einer auf den Exportmarkt ausgerichteten landwirtschaftlichen Produktion auf lange Sicht gefährdet erscheint. Diese Perspektive bildet gewissermaßen den Nährboden für eine in den 1940er Jahren prominenter werdende demographisch geprägte Betrachtungsweise von Entwicklung. Wie der folgende Abschnitt verdeutlicht, bestand der

Zwischenschritt indes in der Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen auf Distriktebene.

Der Teso-Distrikt als Ort eines „Pilotprojekts“

Nur wenige Monate, nachdem Scott die Relevanz einer langfristigen Agrarentwicklungspolitik unterstrichen hatte, legte im November 1935 das *Teso Informal Committee* unter der Leitung des *District Commissioner* J. W. Steil seinen Bericht vor. Für das allem Anschein nach erst zwei Jahre später publizierte Dokument zeichnen die zuständigen Beamten aus den Bereichen der Vieh-, Land- und Forstwirtschaft verantwortlich. Das Komitee sah sich mit der Aufgabe betraut, die thematisch oder regional-spezifischen Berichte zu sichten und auf diesen aufbauend „long-range programmes of agricultural development“ zu verfassen, „providing for the proper conservation of land so that expansion of cultivation and provision for pasturage can go on without permanently depleting the fertility of the soil.“ (CO 536/191/6, Nr. 9: 8, nachfolgend „Teso 1937“)

Der Bericht verdeutlicht, dass die Bodenproblematik als Aufhänger diente, um zu einer Art Rundumschlag anzusetzen. Fragen der Bodenerosion werden nun nicht mehr bloß mit Verweis auf die „technischen“ Aspekte (landwirtschaftliche Anbaumethoden, Beschaffenheit der Böden, Topographie, Klima) beantwortet, vielmehr steht in Zusammenhang mit diesen die Frage im Raum, auf welche Weise die Bevölkerung derart verändert oder „entwickelt“ werden könnte, um dem Ziel einer nachhaltig wachsenden Exportproduktion nicht im Wege zu stehen.

Bemerkenswert scheint, dass vorkoloniale Ansätze zum Erhalt der Fruchtbarkeit der Böden anerkannt werden, sowie dass der britische Einfluss auf Teso und auf die abnehmende Fruchtbarkeit der Böden durchaus problematisiert wird.

In seiner relativ aufwändigen Zustandsbeschreibung bemühte sich das Komitee um einen möglichst holistischen Ansatz. Es ging nicht nur auf die Topographie und die Flora und Fauna ein, sondern versuchte sich zudem in

einer ethnographischen Darstellung der Bevölkerung (vgl. Schlauß 2012: 97-101). Mithilfe statistischer Korrelationen im Zeitverlauf wird je Region der Erosionsgrad der Böden ermittelt und der Distrikt schließlich in unterschiedlich stark betroffene Zonen unterteilt. Die Iteso werden als Primitive bezeichnet, die sich unter dem Einfluss der Zivilisation nur dem äußeren Anschein nach zivilisiert hätten und jeglichen Versuchen der Einflussnahme von Seiten des Verwaltungsapparats skeptisch gegenüberstehen würden. Nur durch wirtschaftlichen Druck könne auf sie eingewirkt werden. Die Viehwirtschaft würde nach wie vor jenseits der Geldwirtschaft funktionieren und sie an Wichtigkeit übersteigen: „they have not yet become ‚money minded‘.“ (Teso 1937: 13)

Nach der Erfassung der problematischen Ausgangslage diskutiert das Komitee unterschiedliche Strategien, wie Brachen geschaffen, diese aufgeforstet und die Brandrodung, die Rinderpopulationen und die Bevölkerung in „richtige“ Bahnen gelenkt werden könnten. Hierbei setzt es auf den hierarchisch aufgebauten kolonialen Verwaltungsapparat, um die eigenen Thesen, vor allem die Anwendung von gewaltvoller Kontrolle, mit Verweis auf koloniale Autoritäten zu rechtfertigen.

Bezüglich der Aufforstung merkt das Komitee an: „From the native *evidence* before the Committee *it is clear* that it is *impossible* to obtain the willing consent of the natives to any reservation of land and forests“ (Teso 1937: 14.; Hervorh. D.S.). Schutzwälder und Aufforstung wären „*essential* for the *future welfare* of the District“ und würden gewisse „Unannehmlichkeiten“ für die Bevölkerung mitsichbringen, wie nicht zuletzt „*the Honourable the Chief Secretary*“ angemerkt hätte:

„It is hardly necessary to stress the *literally vital* importance of the proposals ... and it is only desired to call attention to the need for accepting the position and to the fact that some of the natives of this generation *may have to submit some deprivation and inconvenience for the benefit of future generations.*“ (Scott, 22.03.1935, zitiert nach Teso 1937: 16; Hervorh. D.S.)

Hier kündigen sich gewisse Grundvorstellungen rezenter Konzepte „nachhaltiger Entwicklung“ bereits an. Der sogenannte Brundtland-Bericht aus dem Jahr 1987 macht in Bezug auf „nachhaltige Entwicklung“ deutlich: „Humanity has the ability to make development sustainable to ensure that it meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs.“ (United Nations 1987: 24) Sicher bestehen Unterschiede zwischen der Idee von „nachhaltiger Entwicklung“ von 1937 und 1987. Doch kann man die seit 1987 oft beschworene „Generationengerechtigkeit“ der Struktur nach in der kolonialen Formel wiederfinden, dass „some of the natives of this generation may have to submit some deprivation and inconvenience for the benefit of future generations.“ (Scott zitiert nach Teso 1937:16) Auch im Brundtland-Bericht wird davon ausgegangen, dass „[p]ainful choices have to be made“ (United Nations 1987: 25), während das koloniale Konzept der Generationengerechtigkeit *deprivation and inconvenience* für die damalige Generation als notwendig erachtete und in Kauf zu nehmen bereit war.

Die Frage nach der Aufforstung wird zu einer „of survey and demarcation“; und nachdem die Iteso und die Karamojong die betreffenden Gebiete für ihre eigenen Zwecke nutzen würden, sei es essentiell „therefore, to take all possible steps to prevent the ingress of natives for any purpose whatsoever“ (Teso 1937: 17).

Einerseits soll eine Waldpatrouille den Wald schützen helfen. Andererseits soll die Bevölkerung durch die Bereitstellung neuer Wasserstellen außerhalb der Schutzgebiete davon abgehalten werden, die bestehenden Wasserstellen innerhalb der Gebiete zu nutzen. Bezüglich der Viehzucht bezieht sich das Komitee ein weiteres Mal auf die Autorität des kolonialen Verwaltungsapparats, diesmal auf den Gouverneur höchstpersönlich, der mit den Worten zitiert wurde, dass „[n]o measures for limiting the indefinite increase of livestock *can be considered too drastic to be justifiable* if the Government is faced with the alternative of dessication [sic] or soil destruction in any areas through continuous overgrazing“ (Gouverneur Boudillon zitiert nach Teso 1937: 19; Hervorh. D.S.).

Die Umverteilung der bestehenden Rinderherden wäre eine Notwendigkeit, hänge aber wesentlich von der „Umverteilung“ der Bevölkerung ab (vgl. Teso 1937: 19). Die Antwort auf die Frage, wie denn die Rinderherden dezimiert werden könnten, ergibt sich für das Komitee als eine logische Schlussfolgerung aus ihrem Verständnis der Iteso: „every effort should be made to get the Teso look on money as the form of currency, so that he will cease to regard cattle as the only form of ‚capital‘“ (Teso 1937: 19). Bildung wäre hier ein wesentlicher, jedoch zwangsläufig langfristiger Ansatz, um für eine solche Transformation zu sorgen. Die Einführung einer Rindersteuer wird erwogen, jedoch wird in Hinblick darauf, dass die Iteso bereits zu viele Steuern zahlen würden, hiervon abgesehen: „[I]t would be unwise to jeopardize the success of the various proposals by adding to them a tax which would be most unpopular with every cattle owner in Teso.“ (Teso 1937: 19)

Auf die Kontrolle des Bevölkerungswachstums zielende Ansätze finden sich in dem Bericht des Teso-Komitees keine, diese treten erst mit den Entwicklungsplänen der 1940er Jahre wirklich zutage. Gleichwohl formulieren die Autoren einen demographischen Ansatz einer „controlled movement of population“ mit dem impliziten Ziel, aus Teso eine einzige „controlled area“ (Teso 1937: 24) zu machen.

Das vierköpfige Komitee scheint die „Pilotprojekte“ der Nachkriegszeit vorweggenommen zu haben und versucht mit der hierfür notwendigen Forderung nach mehr Gewaltbefugnissen die Vision einer geordneten nachhaltigen Entwicklung in die Tat umzusetzen. Dies verdeutlicht das folgende „Planspiel“ des Komitees: „It is our opinion that little can at present be done for the bad areas“ (Teso 1937: 24). Die noch ertragreichen Regionen (Kategorie A) müssten jedoch vor den negativen Auswirkungen der schlechten Regionen geschützt, nach einem entsprechenden Gutachten eindeutig demarkiert und als „controlled areas“ deklariert werden, und „the movement of natives from one gombolola [sub county] to settle, cultivate or graze cattle in another should be prohibited except with the permission of the District Commissioner. Permission to settle or cultivate in a ‚controlled‘ area would be given only to people who agreed to farm on

lines approved by the Standing Committee.“ (Teso 1937: 24) Nur, wer sich dem Regime der Registrierung und der Überwachung der eigenen Anbaumethoden unterwirft, sollte in eine fruchtbare Zone übersiedeln dürfen, was einem Grenzregime innerhalb von Teso entspricht. Die verpflichtenden Anbaumethoden werden grob umrissen und in Bezug auf die Regionen mit mittlerem Ertrag (Kategorie B) festgehalten: „a compulsory resting period would be enforced and land when abandoned would be planted up with suitable grass“ (Teso 1937: 24). Das Kontrollregime, das in Bezug auf Regionen der Kategorie A aufgebaut werden sollte, sollte ebenfalls auf die Zonen der Kategorie B angewendet werden (Verbot/Erlaubnis, bestimmte Anbaumethoden). Die unweigerlich eintretende Erosion der Böden in den Kategorie-C-Regionen würde zu einer ebenso unweigerlichen Bevölkerungsflucht führen, und wenn „this land is abandoned by the people [they] will be allowed no alternative but to move into controlled areas“ (Teso 1937: 24).

Auf lange Sicht würde der gesamte Distrikt aus kontrollierten Regionen der Kategorie A und B bestehen, weil die verlassenen erodierten Gebiete gesperrt, aufgeforstet, aufgewertet und, als „Kontroll-Gebiete“ deklariert, an die Bevölkerung „zurückgegeben“ würden. Einem Aufschrei der ansässigen Baumwollfirmen zuvorkommend bestand das Komitee darauf, dass sich dieser Ansatz langfristig rechnen würde. Zwar würden die Baumwollfirmen durch die kontrollierten Umsiedlungen zunächst Einbußen erleiden, doch: „On the other hand, over the district as a whole, the increased production in the controlled areas should counteract this decrease.“ (Teso 1937)

Das Komitee ging zudem davon aus, dass es sich bei seinen Vorschlägen um unpopuläre Maßnahmen handelte. Es sah die Gefahr, dass die betroffene Bevölkerung kurzerhand in benachbarte Distrikte abwandern und das Problem einfach verlagern würde: „it will probably be necessary for neighbouring districts to take steps to prevent unrestricted immigration“ (Teso 1937: 25). Ein Kontroll- und Grenzregime war also nicht nur innerhalb Tesos vorgesehen, vielmehr sollten konsequenterweise ebenfalls die Außengrenzen des Distrikts verstärkt werden.

In dem „Planspiel“ und der Vision, ein klar abgegrenztes Gebiet mit eindeutig definierten und eigenen Spielregeln erschaffen zu können, einem „Planspiel“, in dem die Bevölkerung anscheinend gar nicht anders kann, als der gelenkten Binnenmigration zu folgen und zu einer positiven Gesamtrechnung beizutragen, kündigt sich jene Grundhaltung an, die die sogenannten Pilotprojekte der Nachkriegszeit hervorbringen würde. Im ugandischen Entwicklungsplan aus dem Jahr 1946 wurden Projekte im Ausmaß von ca. 500 Quadratmeilen und ca. 6000 Familien avisiert (vgl. CO 536/218/3, Nr. 5). Gut zehn Jahre zuvor schwebte dem Teso-Komitee eine Art Pilotprojekt für den gesamten Teso-Distrikt mit einer Größe von ca. 3800 Quadratmeilen (CO 536/191/6, Nr. 9, S. 18) und einer Gesamtbevölkerung von 275.261 vor (Stand 1934; vgl. Co 536/191/6, Nr. 9, S. 12).

Besteht eine wesentliche Komponente der späteren Pilotprojekte als „development as experiment“ (Bonneuil 2000) in dem Versuch, soziale Dienstleistungen für die effektivere Ausgestaltung der landwirtschaftlichen Entwicklungs- und Produktionsformel zu instrumentalisieren, bleibt das Teso-Komitee in seinen diesbezüglichen Ausführungen weniger spezifisch. Es wird jedoch mit besonderer Klarheit auf den Punkt gebracht, dass die „Steigerung des Lebensstandards“ u.a. als eine Formel dafür dient, die Subsistenz- bzw. Viehwirtschaft zugunsten der Exportwirtschaft zurückzudrängen, und diesen Prozess als einen der „Zivilisierung“ und „Entwicklung“ darzustellen.

Paradoxerweise wird gleichzeitig auf die Ernährungssicherheit der Bevölkerung abgezielt, die hauptsächlich von der Subsistenzwirtschaft abhing. Bezüglich der zu kontrollierenden Rinderherden wird erneut festgestellt „[t]hat every effort should be made to get the Teso to look on money as the form of currency, so that he will cease to regard cattle as the only form of ‚capital‘ possible.“ (Teso 1937: 25) Der/die „native“ soll dazu angehalten werden, „to reckon his wealth by a higher standard of living, by more hygienic housing, by the possession of a greater number of purchasable goods such as bedding, lamps, better cooking utensils, clothing, implements, bicycles, etc. etc.“ (Teso 1937: 25)

Der Formel *to reckon his wealth by a higher standard of living* wird die wichtige Rolle zugeschrieben, den Umstieg von Rindern auf Fahrräder und andere monetäre Handelsgüter zu erleichtern und Platz freizugeben für den exportwirtschaftlich interessanten Teil der Landwirtschaft. Regelmäßige Auktionen sollen dabei helfen, „to encourage the native to dispose of those of his cattle which, under present conditions, are *surplus* and *unproductive*.“ (Teso 1937: 25; Hervorh. D.S.)

Doch nicht nur Rinder werden in Bezug auf Teso als „überschüssig“ und „unproduktiv“ wahrgenommen; schließlich brächte das Phänomen der zeitweisen Lohnarbeit Bauern hervor, die „by their casual attention to their cotton and other plots do no good to the land they cultivate and it is considered that it would be better to encourage their permanent employment as hired labourers.“ (Teso 1937: 25) Die Zeit wäre reif, „to endeavour to build up a labouring class as distinct from the ‚Agricultural‘ [sic] peasant in Teso“. Für Privatunternehmen, vor allem aber für den kolonialen Staat als Arbeitgeber gelte, dass „every endeavour should be made to keep him in work. If work is not available, he should, whenever possible, be given preference as soon as work becomes available.“ (Teso 1937: 26)

Die Institutionen und Interventionstechniken, die den Überlegungen des Komitees entsprechend geschaffen bzw. abgeändert werden sollten, und ihre Funktionen sind demnach die folgenden: Patrouillen sollten die Wälder schützen, strategisch geschaffene Wasserstellen die Bevölkerungsbewegung lenken, und das Steuersystem sowie Viehauktionen sollten dabei helfen, einen Überschuss an Vieh (*surplus cattle*) zu reduzieren und mehr Flächen für die exportorientierte Landwirtschaft zu schaffen. Die Institutionalisierung einer Lohn- und Leiharbeiterschaft zeigt, wie aus „Teilzeit-Bauern“ wenn möglich „Vollzeit-Arbeiter“ wurden (in Anlehnung an Bockhorn; Grau; Schicho 1998). Zur besseren Kontrolle der Bevölkerung sollten die Außengrenzen von Teso verstärkt und ein Grenzregime innerhalb des Distrikts geschaffen werden. Die bäuerliche Produktion sollte durch einen Katalog akkreditierter Anbaumethoden gesteuert werden.

Zur Durchsetzung all dieser Maßnahmen bedurfte es einer Abänderung der *Native Authority Ordinance*, die der Kolonialverwaltung mehr Machtbefugnisse einräumte. Nicht zuletzt plante das Komitee auch auf Provinzebene (*Eastern Province*) ein *Standing Committee* einzurichten, das ermächtigt war, „to:- (a) Control, supervise and co-ordinate the work (b) Inaugurate such experiments as may be considered necessary.“ (Teso 1937: 26) Ein weiterer Aufgabenbereich sollte darin bestehen, „to institute trials of grass planting, tree planting and mixed grass and tree planting“ sowie „to investigate methods of manure making suitable for natives [and] undertake trials of grazing grasses“ (Teso 1937: 27).

Koloniale Entwicklung war hoch experimentell und fußte auf einer fragwürdigen empirischen Basis, dessen waren sich die meisten Verfasser der darauf gerichteten Dokumente durchaus bewusst. Um Abhilfe zu schaffen sollten Komitees eingerichtet, Gutachten erstellt, sowie landwirtschaftliche Versuchsreihen und ihre systematische Auswertung institutionalisiert werden. Um den notwendigen Informationsfluss zu gewährleisten, sollte das *Standing Committee* als Knotenpunkt auf Provinzebene fungieren und dem Umstand Rechnung tragen, dass „experience gained in one district will be invaluable in dealing with others“ (Teso 1937: 26). Hatte sich der Bericht bisher auf den Distrikt selbst konzentriert, rekurrierte das Team im letzten Paragraphen seines Berichtes auf die Ebene des Protektorats, um die „considerable expenditures“ (Teso 1937: 27) zu rechtfertigen, die das Programm vorsah. Die Kosten von bis zu £100.000, verteilt auf mehrere Jahre, seien weniger als die innerhalb von zwei Jahren lukrierten Steuereinnahmen des Distrikts und „justified by the seriousness of the position“. Die letzten beiden Sätze des Berichtes halten fest:

„We would mention, in conclusion, that the necessity for taking action to improve agricultural conditions in Teso is a matter of considerable urgency. If present conditions are permitted to continue Government will in all probability be faced with an ever decreasing revenue and the

situation may well become so serious that the natives will have difficulty in growing adequate food supplies.“ (Teso 1937: 27)

Ausblick und Zusammenfassung

Die Formel des „zivilisierenden Kolonialismus“ hielt zwar von Beginn an das Versprechen bereit, nicht nur eine koloniale Ökonomie aufzubauen, sondern einen irgendwie gearteten zivilisatorischen Mehrwert bereitzustellen, der über den Anbau von *cash crops* hinausging. Jener soziale Mehrwert blieb jedoch wesentlich unschärfer umrissen als sein ökonomisches Gegenstück, was damit begründet wurde, dass er sich quasi automatisch aus letzterem ergeben würde.

Der *Colonial Development Act* aus dem Jahr 1929 hatte den Versuch dargestellt, die Londoner Investitionen in die kolonialen Peripherien zu vereinheitlichen. Es waren jedoch vor allem die wirtschaftlichen und politischen Unruhen der 1930er Jahre, die zu einer graduellen Reform kolonialstaatlicher Entwicklungsansätze führten. Der soziale Teil von Entwicklung geriet dabei als eine politische wie wirtschaftliche Notwendigkeit verstärkt ins Blickfeld des kolonialen Establishments.

Wie die ugandischen kolonialstaatlichen Ansätze der späten 1930er Jahre im Bereich der landwirtschaftlichen Entwicklung verdeutlichen, waren die Autoren angesichts der identifizierten Zustände und Missstände der Auffassung, dass es einer neuartigen kolonialstaatlichen Intervention bedürfe. Die sich abzeichnende ökologische Krise stellte die Kolonialadministration im Zusammenhang mit landwirtschaftlicher Produktion vor neue Herausforderungen und findet als solche Eingang in den kolonialen Entwicklungsdiskurs. Hier zeichnete sich noch vor der *Second Colonial Occupation* und vor der Erstellung der Entwicklungspläne der 1940er Jahre ein „new imperial commitment to colonial peoples“ (Lewis 2000: 42) ab, das zwar nicht völlig neu war, aber doch neuartige Elemente enthielt.

Dazu zählte vor allem die Einsicht, dass die übergeordneten Ziele einer soliden wirtschaftlichen wie politischen Entwicklung des Protektorats nur über eine verstärkte kolonialstaatliche Intervention in den Bereich der „sozialen Entwicklung“ sowie in die Lebensweisen und den „outlook“ der „natives“ zu erreichen waren.

Die systematische Erfassung, Auswertung und Planung landwirtschaftlicher Produktion war zudem der Beginn eines auf wissenschaftlichen Erkenntnissen aufbauenden entwicklungsplanerischen Prozesses. Dies zeigte sich am markantesten in den Entwicklungsplänen der 1940er und 1950er Jahre, deren Erstellung mit der Zeit zu einer Pflichtübung der kolonialen Verwaltungen vor Ort wurde, weil die Voraussetzung, um an Entwicklungsgelder Londons zu gelangen.

Dass die „soziale Entwicklung“ der afrikanischen Bevölkerung bestimmten übergeordneten Zielen dienen sollte, gilt für die gesamte Phase kolonialer Entwicklung, doch wie zentral in diesem Zusammenhang die „Entwicklung“ der „natives“ war, darauf wiesen bereits die Autoren der analysierten Dokumente hin. Der Beitrag der späten 1930er Jahre war es, Grundsätze zu klären, der Beitrag der 1940er und 1950er Jahre sollte es werden, diese weiter auszuformulieren, zu operationalisieren und teils zur Anwendung zu bringen. Der Teso-Bericht zeigt sehr deutlich, wie wichtig es den Planern erschien, in lokales Wissen und Praktiken einzugreifen, sie zu verändern, und damit unterschiedliche Formen einer „Subsistenzwirtschaft“ zu verdrängen, die der exportorientierten Marktwirtschaft im Wege waren.

Ausgangspunkt für das Komitee war die bereits im Memorandum aus dem Jahr 1935 gemachte Beobachtung, dass die koloniale Exportwirtschaft und mit ihr der koloniale Staat durch die abnehmende Fruchtbarkeit der Böden an ihre „natürlichen“ Grenzen des Wachstums stoßen würden. Das Problem bestand einerseits aus technischen Herausforderungen, andererseits gab es auch soziale, die Bevölkerung betreffende Aspekte: Wie entwickelt sich die Bevölkerungsdichte? Warum kam es zum Zusammenbruch bewährter Praktiken zum Schutz der Böden? Wie kann die Bevölkerung dazu angehalten werden, auf den angeblich überflüssigen Teil ihres „primitiven

Kapitals“, der Rinder, zu verzichten und effizientere Anbaumethoden zu übernehmen? Wie sieht das Weltbild, der „outlook“ der „natives“ eigentlich aus und wie kann es beeinflusst werden? Welcher Zusammenhang lässt sich zwischen Lebensstandard, modernen Konsumgütern, der Weltanschauung der Bevölkerung und der Erosion der Böden herstellen?

Die Komplexität der Problemlage ließ die Grenze zwischen der angeblich technisch beherrschbaren Natur und dem gesellschaftlichen Teil des Problems verschwimmen. Technische wie soziale Komponenten waren ineinander verwobene Elemente eines Systems und erschienen das eine Mal als Ursache, das andere Mal als Lösung des Problems. Einsichten wie diese führten zu einer verstärkten Beachtung des Sozialen. Gouverneur Charles Dundas sollte den Zusammenhang von Gesellschaft, Staat und wirtschaftlicher Entwicklung im Jahr 1943 folgendermaßen beschreiben:

„Progress, if it is to be fruitful, must be all along the line: Health, Education, Economic Prosperity, Administration, are but features of a whole advance and if not in right proportion one to another forward movement is like [sic] to be ragged and halting. Therefore it is most necessary to take into review the general situation in broadest outline so to gain a comprehensive picture of the aims and objects of future development.“ (CO 536/209/15, Nr. 18, S. 1)

An einer anderen Stelle merkte Dundas an:

„It can be reasonably anticipated that given spread of education, medical services and generally speaking improved living conditions that growth may be considerable and relatively rapid and for this reason alone social and economic interests are *mutually complementary*.“ (ebd.: 3, Hervorh. D.S.)

Der „Druck des Bodens“, den die Autoren der 1930er Jahre auf ihren Schultern lasten sahen, wurde nicht nur in die 1940er und 1950er Jahre weitergetragen, sondern verstärkte sich noch. Es sollte nicht mehr länger

nur die Rede von relativ regionalen Phänomenen des *surplus cattle* und *surplus labour* sein, da die lokale Betrachtungsweise des Teso-Komitees in eine volkswirtschaftliche und demographische überging und nicht mehr nur jener Teil der Bevölkerung als *surplus* erachtet wurde, der aufgrund der teilweisen Lohnarbeit dem Boden mehr schadete als nützte. Das Verhältnis der Gesamtbevölkerung (ihrer Verteilung sowie ihres Wachstums) zu den natürlichen Ressourcen des Protektorats sollte nun möglichst genau untersucht und „entwickelt“ werden.

Was das Themenfeld der Entwicklungsplanung angeht, hatte E. L. Scott im Jahr 1935 dazu aufgerufen, die Situation des Protektorats in 50 Jahren zu prognostizieren und hiermit einen Planungsprozess angestoßen, der auf die Erfassung der relevanten Variablen abzielte (Bevölkerungswachstum, Bewaldung, Wasser, etc.). Wie oben erwähnt, nahm auch Gouverneur Dundas eine 50-Jahres-Perspektive ein. Der Bericht des Teso-Komitees veranschaulicht, wie jener Scott'sche Planungsprozess auf der Ebene eines Distrikts umgesetzt wurde: Die landwirtschaftlichen Ertragszahlen wurden dafür benutzt, um drei Kategorien zu identifizieren, anhand derer der Distrikt in unterschiedliche Regionen unterteilt wurde. Zahlenmaterial zu Bevölkerungswachstum und Viehpopulationen wurden statistisch zueinander in Beziehung gesetzt, und bei der Diskussion besserer Anbaumethoden wurde die international vorhandene Expertise mit einbezogen. Die rechtliche Situation wurde ebenso mitbedacht wie institutionelle bzw. administrative Aspekte des Vorhabens. Abschließend lässt sich festhalten, dass die Autoren der analysierten Dokumente aus den 1930er Jahren im Zusammenhang mit „Entwicklung“ bemerkenswerte Konzepte vorlegten, die zwischen Expansion und Konservierung, sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung sowie dem Markt und dem kolonialen Staat als Akteur jener Entwicklung schwankten. Zusammen mit dem mehrfach pointiert zum Ausdruck gebrachten Willen zur genauen Erfassung und Planung wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung lassen sich deutliche Anzeichen des spät- und post-kolonialen Entwicklungsstaats erkennen.

Primärquellen:

Die nachfolgende Liste ordnet die in der Arbeit zitierten Dokumente aus dem Nationalarchiv in Kew, London gemäß ihrer Signatur, die Ortsangabe – „TNA (PRO)“ - „The National Archives (Public Records Office)“ – wurde nicht eigens wiederholt, sondern hier angeführt.

„CO“ steht für Colonial Office und „536“ für die Korrespondenz des Colonial Office mit Uganda. Im Jahr 1951 wurde die Uganda-Korrespondenz der Ostafrika-Korrespondenz untergeordnet, sodass die Signaturen der Akten aus den Jahren 1951-64 mit „CO 822“ beginnen. Die jeweils nachfolgenden Zahlen in der Signatur bilden die Uganda-Korrespondenz chronologisch ab. Nach der Signatur ist das Jahr bzw. sind die Jahre angegeben, in welchen die in den Akten enthaltenen Dokumente entstanden sind; nach dem Doppelpunkt folgt der Titel der Akten. Die einzelnen Dokumente innerhalb einer Akte wurden von den Kolonialbeamten chronologisch und nach Themen sortiert abgelegt und durchnummeriert.

CO 536/184/11 (1935): Development – Road Construction

- Nr. 3: Brief von Malcom MacDonald an Gouverneur Mitchell, 08.10.1935

CO 536/186/11 (1935): Agricultural Survey

- Nr. 1: „Memorandum for the Instruction and Guidance of the Agricultural Survey Committee“ („Memo 1935“)

CO 536/191/6 (1937): Development Programme

- Nr. 9: „Report of the Teso Informal Committee, with Appendices“ [Teso 1937; 26.11.1935]; enthält ebenfalls den „Interim Report of the Agricultural Survey Committee“

CO 536/209/15 (1941-43): Development and Welfare Schemes

- Nr. 18: „Memorandum on post-war development in Uganda“

CO 536/214/2 (1944): Development and welfare schemes

- Nr. 11: „Joint Report of the Standing Finance Committee and the Development and Welfare Committee on Post-War Development“

CO 536/218/3 (1947-49): Development & Welfare Schemes. Revision of : –

- Nr. 4: „A Development Plan for Uganda. 1948 Revision“
- Nr. 5: „A Development Plan for Uganda by E. B. Worthington. With a Foreword by His Excellency The Governor of Uganda. Uganda Protectorate.“

CO 822/1018 (1954-55): Arrangements for development finance in Uganda

- „A Five Year Capital Development Plan, 1955-1960“

Sekundärquellen:

- Abbott, George C. (1971): A Re-Examination of the 1929 Colonial Development Act. In: *The Economic History Review* 24/ 1: 68–81.
- Bockhorn, Olaf / Grau, Ingeborg / Schicho, Walter (1998): *Wie aus Bauern Arbeiter wurden. Wiederkehrende Prozesse des gesellschaftlichen Wandels im Norden und im Süden einer Welt.* Wien [u.a.]: Südwind (Historische Sozialkunde 13).
- Bonneuil, Christophe (2000): Development as Experiment: Science and State Building in Late Colonial and Postcolonial Africa, 1930-1970. In: *Osiris* 15: 258–281.
- Bowles, B. D. (1975): Economic Anti-Colonialism and British Reaction in Uganda, 1936-1955. In: *Canadian Journal of African Studies / Revue Canadienne des Études Africaines* 9:1: 51–60.
- Carswell, Grace (2007): *Cultivating success in Uganda. Kigezi farmers & colonial policies.* Oxford: Currey [u.a.] (Eastern African studies).
- Havinden, Michael / Meredith, David (1993): *Colonialism and development. Britain and its tropical colonies, 1850 - 1960.* London [u.a.]: Routledge.
- Hetherington, Penelope (1978): *British paternalism and Africa. 1920 - 1940.* London: Frank Cass.
- Hodge, Joseph Morgan (2007): *Triumph of the expert: agrarian doctrines of development and the legacies of British colonialism.* Athens: Ohio University Press (Ohio University Press series in ecology and history).
- Kakembo, Patrick Ntambi (1995 [1989]): *Colonial office policy and the origins of decolonisation in Uganda, 1940-1956.* Dalhousie University, Dissertation, Halifax. Ann Arbor, Mich.: UMI Dissertation Services.
- Lewis, Joanna E. (2000): 'Tropical East Ends' and the Second World War: Some Contradictions in Colonial Office Welfare Initiatives. In: *The Journal of Imperial and Commonwealth History* 28/2: 42–66.
- Schlauß, David (2012): *"...development is possible, if only we do the right thing." Britischer Kolonialismus im Uganda der 1930er Jahre und seine Beiträge zur Universalisierung eines Konzepts.* Diplomarbeit, Universität Wien.
- Thompson, Gardner (1999): *Governing Uganda - the Second World War and its aftermath.* In: Smith, John (ed.): *Administering empire. The British colonial service in retrospect; proceedings of a conference jointly sponsored by the University of London and the Corona Club held at the Senate House on 27th and 28th May 1999.* London: University of London Press, 129–148.
- United Nations (1987): *Report of the World Commission on Environment and Development. "Our Common Future".* Unter Mitarbeit von Gro Harlem Brundtland. (Official Records of the General Assembly, Forty-second Session, Supplement No. 25). Online verfügbar unter http://www.unric.org/html/german/entwicklung/rio5/brundtland/A_42_427.pdf, 30.06.2008.
- Youé, Christopher P. (1978): Peasants, Planters and Cotton Capitalists: The "Dual Economy" in Colonial Uganda. In: *Canadian Journal of African Studies / Revue Canadienne des Études Africaines* 12/2: 163–184.